

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Alfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Januar 1931

## Der Ruhrschiedsspruch.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Im Lohnkonflikt des Ruhrbergbaues sind die Würfel gefallen. Wohl liegt zunächst nur ein Schiedsspruch vor, allein dieser Spruch ist, genau betrachtet, bereits die Entscheidung; denn bevor er gefällt wurde, hat sich der Reichsarbeitsminister bereits die Möglichkeit gesichert, ihn für verbindlich zu erklären. Zu diesem Zweck ist mit Hilfe einer neuen Notverordnung für den Schlichter und damit für den Reichsarbeitsminister für besonders ernste Fälle wieder grössere Entscheidungsfreiheit geschaffen worden. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnkürzung von 6 % vor. Er hält sich also in der Generalinie der Lohnabbaupolitik der Reichsregierung. Er bringt für die Ruhrbergarbeiter einen Gesamtlohnausfall im Jahr von 40 bis 50 Millionen.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer lehnen den Schiedsspruch ab. Das bedeutet für niemanden eine Ueberraschung; denn der Verhandlungskampf der beiden Parteien hatte sich längst in einen Stellungskrieg verwandelt. Die Grubenherren waren von ihrer ursprünglichen Forderung einer Lohnsenkung um 12 % bis auf 8 % heruntergegangen, die Gewerkschaften hätten notfalls über eine Lohnsenkung von 4 % mit sich reden lassen. Der Schlichter stand mit seiner Forderung von 6 % Lohnabbau in der Mitte zwischen den beiden Parteien. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass seine Haltung ein Ausdruck salomonischer Weisheit ist.

Für die Bergarbeiter bedeuten die 6 % Lohnabbau eine schmerzliche Einbusse. Dass auch sie nicht ohne Lohnabbau durchkommen würden, darüber waren sich alle Kumpels in den Gruben im klaren, auch die, denen kommunistische Phrasen leicht den Kopf verdrehen. Angesichts der Gesamtwirtschaftslage und der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hätte ein Wunder passieren müssen, wenn die Bergarbeiter allein sich vor der Lohnabbaulawine hätten retten können. Wunder gibt es aber am wenigsten in der Wirtschaftspolitik. Nur eins hätte den Bergarbeitern höchstwahrscheinlich ein besseres Ergebnis gesichert: eine restlos geschlossene Front. Dass sie nicht da war, verdanken die Bergarbeiter den Kommunisten. Wie immer und überall, so haben sich auch im Ruhrlohnkampf wieder einmal die Kommunisten als die Helfer des Unternehmertums gezeigt. Ohne ihren Streikputsch hätten die Gewerkschaften eine bedeutend bessere Stellung in den Verhandlungen gehabt.

Der Streikputsch der kommunistischen RGO steifte ganz offenkundig dem Unternehmertum den Rücken. Die Grubenherren sagten sich: Je komplizierter der Konflikt, je auswegloser die Situation, desto eher die Möglichkeit von Unruhen, desto schwächer die Stellung und Haltung der Verhandlungsgegner, d.h. der Gewerkschaften! Was das bedeutete, ist leicht zu erraten. Es ist heute kein Geheimnis mehr, dass der Schlichter zeitweilig sehr stark dazu neigte, evtl. bis zu 5 % Lohnabbau herunterzugehen, wenn die Gewerkschaften mit ihm gegangen wären. Es lag also, wie man sieht, keineswegs ausserhalb aller Möglichkeit, den Schlichter bei einer absolut geschlossenen Haltung der Bergarbeiter,

vielleicht sogar bis zu 4 % zu bringen, mindestens ihn aber bei 5 % zu halten. 5 % wären immerhin weniger als 6; jedes Prozent Lohnabbau macht für den Arbeiter schon viel aus; denn er muss heutzutage mehr denn je mit jedem Pfennig rechnen. Dass nicht mindestens 5 % herausgeholt wurden, dafür können sich die Bergarbeiter einzig und allein bei den Narren und Verbrechern der kommunistischen RGO bedanken. Diesen heillosen Phantasten ist stets die Taube auf dem Dache lieber als der Spatz in der Hand.

Die unverbesserlichen Wolkenschieber der KPD führen mit tödlicher Sicherheit die Leute, die ihnen folgen, ins Schlamassel. Was haben sie mit ihrem Streikputsch erreicht? Hunderte von Bergarbeitern haben sie um ihr Brot gebracht, und wenn man sie gehen lässt, bringen sie jetzt, nach dem Schiedsspruch nicht nur ein paar Hundert, sondern ein paar Tausend Bergarbeiter um Arbeit und Brot. Schon lässt die dem Zechenverband nahestehende Unternehmerpresse durchblicken, dass jedes Prozent Lohnermässigung, das man den Zechen trotz ihrer schlimmen Lage verweigert habe, sich wiederum "auswirkt in dem Zwang zu neuer erhöhter Betriebszusammenfassung, bzw. Arbeiterentlassung". Aha - sagte die Polizei . . .

Die Bergarbeiter müssen gerade jetzt - nach dem Schiedsspruch vorsichtig sein; denn der Zechenverband will an ihnen seinen Mut kühlen. Er ist auf die Reichsregierung und vor allem auf das Reichsarbeitsministerium schlecht zu sprechen. Er hat erklärt, er sei betrogen; denn man habe ihm bei der Regierung 8% Lohnabbau zugesichert, das Versprechen sei aber nicht gehalten worden. Jetzt, nach der Entscheidung, muss er seine Beschwerde rechtfertigen, und das kann er nur durch neue Arbeiterentlassungen; denn damit kann er der Öffentlichkeit einzureden versuchen, dass er recht gehabt habe, als er sich mit Händen und Füßen gegen eine Kürzung seines Lohnkürzungszugeständnisses sträubte. Jeder Bergarbeiter, der also jetzt - nach der Entscheidung - noch immer mit den Kommunisten gemeinsame Sache macht und abermals auf ihre Phrasen hereinfällt, der erleichtert nur dem Zechenverband die von diesem geplante Revanche in Form von Arbeiterentlassungen.

Nur Revanche, nicht aber wirtschaftliche Notwendigkeit wären die von der Presse der Schwerindustrie jetzt bereits angedrohten neuen Arbeiterentlassungen im Bergbau. Wirtschaftspolitisch betrachtet, bedeutet der Spruch bestimmt keine Unfreundlichkeit gegenüber den Grubenherren. Wenn der Reichsarbeitsminister erklärte, die Regierung müsse "aufs Ganze" sehen und die wirtschaftlichen und politischen Realitäten und Möglichkeiten auf einen gemeinsamen Nenner bringen, so bedeutet das noch lange nicht, dass dieser gemeinsame Nenner nun etwa nur ein Minus für die Grubenherren darstellt. Gewiss ist der Spruch sehr stark ein politischer Spruch, aber "politisch" ist doch in diesen Tagen wahrhaftig nicht gleichbedeutend mit arbeiterfreundlich. Oder ist etwa die gesamte Lohnabbaupolitik der Reichsregierung arbeiterfreundlich? Die wirtschafts- und lohnpolitische Linie der Reichsregierung ist für das Unternehmertum bestimmt kein Anlass zum Klagen, auch nicht für das Unternehmertum des Ruhrbergbaus. Wenn aber der Reichsarbeitsminister bei seiner Entscheidung naturgemäss auch politische Imponderabilien berücksichtigen muss, die durch den Ausfall der Reichstagswahlen, d.h. durch das Anwachsen der Nazis und Kommunisten Gewicht erhalten haben - nun, dann müssen sich die Grubenherren bei ihrer eigenen Nase nehmen. Sie sind nicht ganz unschuldig daran, wenn heute wirtschaftliche Fragen und also auch Lohnfragen schwieriger zu regeln sind; denn die Vergiftung der Atmosphäre durch den Radauradikalismus wäre nie so schlimm geworden, wenn nicht die Hitlerdemagogen sich beim Unternehmertum und vor allem bei der Schwerindustrie grosser Beliebtheit erfreuten.

Für die Bergarbeiter gilt nach dem Ausgang des Lohnkampfes das gleiche wie für die Berliner Metallarbeiter nach ihrer Enttäuschung: Noch ist nicht aller Tage Abend. Auch für die Bergarbeiter ist ein Zwang zu baldiger Kündigung der neuen Lohnregelung gegeben. Die Ungunst der Kampfsituation, wie sie für die Arbeiter durch die furchtbare Wirtschaftskrise entstanden ist, kann nicht ewig dauern. Auch die Bergarbeiter werden eines Tages abrechnen.

SPD. Am 22. Dezember hat Landgerichtsdirektor Lau-Glogau bei der Verkündung eines freisprechenden Urteils von der Anklage eines Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik die Revolution von 1918 als "Meineid und Hochverrat" bezeichnet, der die Truppen wehrlos gemacht habe. Hierzu erlässt der Republikanische Richterbund jetzt folgende Erklärung:

1) Dieser Vorgang bedarf der scharfen und sofortigen Zurückweisung nicht nur durch die Presse, sondern auch durch die republikanische Richterorganisation. Die verkündete Urteilsbegründung enthält eine in dieser Zuspitzung bisher kaum erreichte richterliche Herausforderung der Republik.

2) Es erscheint nicht erträglich, dass die Verwendung staatsfeindlicher Richter in der Strafjustiz vom Ermessen des Gerichtspräsidiums im Wege der alljährlichen Geschäftsverteilung allein abhängt, vielmehr ist es dringend erwägenswert, dass eine gesetzliche Mitbestimmung des parlamentarisch verantwortlichen Justizministers bei der Geschäftsverteilung der Gerichte geschaffen wird.

3) Von neuem muss angesichts solcher nicht mehr vereinzelter Urteile die Forderung erhoben werden: Der Nachwuchs der Juristen ist staatspolitisch besser auszubilden. Ihm sind die grundlegenden geschichtlichen Tatsachen zu vermitteln, dass die deutsche Umwälzung von 1918 wie jede geschichtliche Bewegung dieser Art die Folgeerscheinung von tiefgreifenden staatspolitischen Fehlern der früheren Machthaber gewesen ist."

Die Erklärung ist unterzeichnet von Reichsgerichtsrat Dr. Grossmann, Staatsanwalt Dr. Högner, Kammergerichtsrat Freymuth, Landgerichtsdirektor Karow, Oberverwaltungsrat Krohne, Ministerialrat Dr. Rosenfeld, Ministerialdirigent Steinbrecher u.a.

SPD. Detmold, 10. Januar (Eig. Bericht)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte die Nationalsozialisten Winkelmann zu 4 Monaten und Siegmund zu 10 Tagen Gefängnis. Beide waren wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt, Winkelmann ausserdem noch wegen des Versuchs der Verleitung zum Meineid.

Der Anklage lag ein Ueberfall zugrunde, der von SA-Leuten in der Weihnachtsfeier der Nationalsozialisten (Dezember 1929) auf ein missliebiges Mitglied Lerch verübt wurde. Lerch hatte dem damaligen Bezirksführer der Nazis Bruno Fricke - bekannt aus dem Parchimer Fememord an Kadow - den Vorwurf gemacht, Parteigelder unterschlagen zu haben. Dafür sollte er sich verantworten, weigerte sich aber in die Mitgliederversammlung zu kommen. Die Folge war, dass einige SA-Leute über ihn herfielen und ihm die Kleider vom Leib rissen. Winkelmann schlug hinterrücks mit einem Bierseidel zweimal auf Lerchs Kopf. Der Ueberfallene wurde erheblich verletzt und musste ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Während das Gericht sich zu seinem Beschluss zurückzog, kam es zu einem Zwischenfall. Der Redakteur des sozialdemokratischen Organs in Detmold, Felix Fechenbach, der als Berichterstatter an der Verhandlung teilnahm, wollte während der Pause den Gerichtssaal verlassen, als er von einem der im Zuhörerraum befindlichen SA-Leute der Nazis beleidigt wurde. Er erwiderte die Beleidigung auf der Stelle mit einer schallenden Ohrfeige. Der Vorsitzende drohte, den Zuhörerraum räumen zu lassen, wenn Pressevertreter weiter belästigt würden.

Als im Laufe der Verhandlung das blutige Hemd des überfallenen Lerch vorgezeigt wurde, äusserte der Mitangeklagte Münzner, der übrigens freigesprochen wurde, zu seinem Mitangeklagten: "Das ist nicht das letzte blutige Hemd in Detmold! Nächstens gibt es noch mehr!"

SPD. Der Führer der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags, Dr. Hess, hat an den preussischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er über den Abdruck eines Gedichtes von Klabund in einzelnen Organen der Sozialdemokratie bittere Beschwerde führt. In dem Brief heisst es wörtlich u.a.:

"Ich denke natürlich nicht daran, Ihre Partei als solche oder gar Sie selbst dafür verantwortlich zu machen, wenn in irgendeiner sozialdemokratischen Zeitung die Rücksichtnahme auf das religiöse Empfinden anderer Menschen als die selbstverständliche Voraussetzung jeder vornehmen Journalistik mit Füssen getreten wird. Wohl aber darf ich diesen Anlass benutzen, um Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, zu bitten, Ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass derartige Unanständigkeiten sich nicht wiederholen."

Das Gedicht von Klabund, das die Heiligen Drei Könige, wie Hess betont, in höhnischer Form charakterisiert, ist früher auch in anderen als sozialdemokratischen Blättern wiederholt abgedruckt worden. Als über seinen Abdruck vor Jahren einmal im Preussischen Landtag debattiert wurde, hat die Sozialdemokratische Fraktion von der Tribüne des Parlaments herab erklären lassen, dass sie das Gedicht für eine verunglückte Arbeit hält und seine Wiedergabe in dem einen oder anderen sozialdemokratischen Blatt bedauert. Das gilt für die gegenwärtige Zeit politischer Hochspannung ganz besonders.

-----

SPD. Bremen, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf einem Hamburger Schiff hat sich kürzlich ein Fall unmenschlicher Quälerei eines Schiffsjungen durch einen Kapitän zugetragen. Der Fall beweist wieder einmal die Notwendigkeit einer Revision der in vieler Beziehung mittelalterlichen Seemannsordnung.

Der Leidtragende war ein kleiner 15 jähriger Bremer Schiffsjunge Willi B. Er wurde am 12. Dezember 1930 auf dem Motorsegler "Anna" (Besitzer und Kapitän Jonny Thiemann-Hamburg) zu seiner ersten Fahrt angeheuert. Ausser dem Kapitän und ihm befand sich auf dem Schiff nur noch ein Matrose Walter Sch.-Hamburg. Das kleine Schiff hatte Kali geladen mit dem Ziel Dänemark. Für den Schiffsjungen wurde die Fahrt zu einer wahren Qual. Mit erfrorenen und vereiterten Händen und Füssen, einem beulenbedeckten Kopf, einer zerschlagenen Nase und blutunterlaufenen Nägeln kam er schwerkrank am 21. Dezember per Bahn wieder nach Bremen. Sein Zustand verschlimmerte sich so, dass er am 26. Dezember in ein Bremer Krankenhaus eingeliefert werden musste, in dem er bis zum 10. Januar lag

Der furchtbare Zustand des 15jährigen Schiffsjungen ist auf die unmenschliche und grausame Behandlung des Kapitäns und des Matrosen zurückzuführen. Heute noch, nachdem der Junge als geheilt entlassen ist, kann er nur mühsam laufen. Seine Fingernägel sind infolge der Prügel von dem geronnenen Blut schwarz.

Ueber den Verlauf der Fahrt und die Qualen für den Schiffsjungen geht uns folgender zuverlässige Bericht zu: Die Fahrt ging zunächst nach Bremerhaven. Bereits in der zweiten Nacht - der Schiffsjunge stand schwer seekrank an der Steuerkabine - wurde er von dem Kapitän mit der Faust auf das Auge geschlagen, weil er aus der Kabine an die Reeling laufen wollte, um seinem revoltierenden Magen Luft zu machen. Als er nachts auf Deck gerufen wurde und nicht gleich seine Schuhe fand, musste er bei Kälte und Sturm vier Stunden mit blossen Füssen auf Deck Segel fest machen und im Ruderhaus stehen. Der 15 Jährige, der zum ersten Male ausgefahren war, hatte keine Ahnung vom Steuern. Er hat den Kapitän und den Matrosen mehrfach auf den Knien gebeten, sie sollten ihm doch erklären, wie richtig gesteuert würde. Stattdessen haben sie ihn geschlagen und geprügelt. Durch die Kälte und die sonstigen ungewohnten Hantierungen auf Deck waren ihm zunächst die Hände stark aufgesprungen.

Mit den rissigen, blutenden Händen musste er im Verlauf der Fahrt - das Schiff war aufgelaufen - das Kali umladen. Die scharfen Salze machten die Wunden nur noch grösser. Am 16. Dezember liess der Kapitän seine sadistischen Instinkte besonders brutal an dem Jungen aus. Weil er nicht richtig steuerte, schlug er ihm mit aller Gewalt mit dem Pantoffel ins Gesicht und über den Kopf und riss ihn an den Ohren. Schliesslich warf er ihn aus der Steuerkabine heraus auf Deck und bearbeitete ihn mit Fäusten. Kniefällig bat der 15 Jährige, ihn nicht mehr zu schlagen. Umsonst! Nicht einmal Zeit zum Essen liess man dem Jungen. Jeder Tag brachte neue Qualen für ihn.

Am 20. Dezember hatte das Schiff Skive an der dänischen Küste erreicht, wo die Kaliladung gelöscht wurde. Mit den erfrorenen Händen, von denen die Haut in Fetzen herunterhing, musste der Schiffsjunge das Kali abladen helfen. Ein dänischer Hafenarbeiter wurde auf seinen jammervollen Zustand aufmerksam. Ihm erzählte der Junge von den furchtbaren Misshandlungen. Empört darüber, holte der Arbeiter zwei Kollegen, die den Schiffsjungen zu dem deutschen Vizekonsul brachten. Hier erzählte er, wie es ihm ergangen ist und weigerte sich, weiter auf dem Schiff zu fahren. Der Konsul schickte den Jungen zunächst zu einem dänischen Arzt, der ihn notdürftig verband und verhandelte dann mit dem Kapitän, dass er den Schiffsjungen gehen liesse. Er gab schliesslich seine Zustimmung unter der Voraussetzung, dass Willi B. keine Strafanzeige erstatte. Wenn er das täte, würde er, der Kapitän, eine Gegenklage einreichen, weil der kleine 15 Jährige den 40 jährigen robusten Mann mit dem Beil bedroht habe. In seiner Angst unterschrieb der Schiffsjunge die Verpflichtung, keine Anzeige zu erstatten. Dann wurde er entlassen und von dem Konsul mit der Bahn nach Bremen zurückgeschickt.

Der Vater des Jungen hat inzwischen beim Seemannsamt Anzeige gegen den Kapitän erstattet.

-----

SPD. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat am Sonnabend im Auftrage der Reichsregierung bei der polnischen Regierung schärfsten Protest gegen die jüngste Ueberfliegung deutschen Gebiets durch polnische Militärflieger eingelegt.

+ + +  
Neuerdings heisst es, dass die beiden polnischen Flieger, die am Freitag in der Nähe von Oppeln notgelandet sind, tatsächlich infolge eines Schneegestöbers die Orientierung verloren hatten. Selbst wenn es so ist, bleibt die Tatsache bestehen, dass in letzter Zeit von den Fliegern der an Deutschland angrenzenden Länder nur die Polens immer und immer wieder "die Orientierung verloren" haben und zwar nicht nach der russischen, sondern nach der deutschen Seite hin. Der Protest des Auswärtigen Amtes bleibt deshalb vollauf berechtigt.

-----

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Der bekannte Schriftsteller und Journalist Claude Anet ist am Freitag in Paris an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Sein verbreitetstes Werk ist "Ariane" gewesen, die Geschichte eines russischen Mädchens. Sein letztes Bühnenwerk war die Dramatisierung des Todes des österreichischen Kronprinzen Rudolf, das in dem Theater "Ambassadeurs" in Paris zur Aufführung gelangte.

SPD. Als Nachfolger des verstorbenen Gesandten in Warschau Ulrich Rauscher werden in unterrichteten Kreisen der Dirigent der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, von Moltke, der frühere Gesandte Richard Meyer, der z.Zt. im Auswärtigen Amt tätig ist, und der deutsche Generalkonsul in Petersburg, Zechlin, genannt. Eine Entscheidung über die Nachfolge dürfte jedoch kaum vor der Januartagung des Völkerbundsrats fallen.

SPD. Warschau, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabend-Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Sejm hielt Aussenminister Zaleski ein längeres Exposé über die aussenpolitische Lage und über das Programm des Aussenministeriums.

Zaleski unterstrich vor allem, dass die polnische Aussenpolitik sich heute mehr denn je auf die vereinigten Kräfte der Bevölkerung stütze, die im Parlament vertreten seien. Die gegenwärtige internationale Wirtschaftskrise ermögliche durch ihre Einwirkung auf die politischen Verhältnisse eine psychische Stimmung, die eine Besserung der Lage auf dem Wege politischer Veränderungen erstrebe, was seiner Ansicht nach sehr gefährlich sei. Polen habe in letzter Zeit 87 verschiedene Abkommen mit einer Reihe von Staaten unterzeichnet, ein Teil dieser Abkommen sei bereits schon dem Sejm zugegangen, der Rest werde demnächst folgen. Seit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrags durch Deutschland seien gewisse Massnahmen erfolgt, die die Grundlage dieses Vertrages verkleinert hätten, sodass Polen gezwungen gewesen sei, gewisse Massnahmen (gemeint ist die Erhöhung der polnischen Industrie-Einfuhrzölle) zur Wiederherstellung des Gleichgewichts anzuordnen. Die polnische Regierung habe sich, trotzdem die gegenwärtigen Grundlagen des Vertrages nicht seinen (des Aussenministers) Absichten entsprächen, entschlossen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag dem Sejm zur Ratifizierung zu unterbreiten, da sie auf dem Standpunkt stehe, dass die anormalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die sich wirtschaftlich gegenseitig ergänzen, nicht länger ohne Schaden für beide Seiten bestehen könnten.

Inbezug auf die Abrüstungsaktion des Völkerbundes erklärte Zaleski, der kardinale Grundsatz für Polen sei: So viel Abrüstung wie Sicherheit. Die Minderheitenfrage wolle Polen loyal lösen. Die polnische Regierung werde sich andererseits jedoch energisch den Versuchen entgegenstellen, die Minderheitenfrage zu Nebenzielen und staatsfeindlichen Aktionen auszunutzen.

SPD. Die Bürgersteuer wird ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhoben. Dieser rohe Charakter der Bürgersteuer tritt selbst dort hervor, wo sie im Wege des Lohnabzuges von den Arbeitern und Angestellten einbehalten wird. Auch bei den Lohnsteuerpflichtigen wird die Bürgersteuer Härten hervorrufen, ohne dass für diese Fälle Milderungen vorgesehen sind. Noch grösser aber werden die Härten von denen empfunden werden, die kein Lohn Einkommen haben und denen, weil sie nicht lohnsteuerpflichtig sind, die Bürgersteuer nicht bei den Lohnzahlungen angerechnet werden kann. In diesen Fällen wird die Bürgersteuer von den Gemeindebehörden eingezogen. Personen, die nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen ausserstande sind, die Bürgersteuer zu zahlen, müssten sie an die Gemeindekassen abführen. Unübersehbare Schwierigkeiten und Härten wären die Folge. Das hat selbst die Reichsfinanzverwaltung eingesehen. Darum wird in den Durchführungsbestimmungen, die der Reichsfinanzminister zur Bürgersteuer herausgegeben hat, folgendes betont:

"Ist die Beitreibung der Bürgersteuer von vornherein aussichtslos, so wird hierauf zur Vermeidung unnötiger Verwaltungskosten der Bürgersteuer Rücksicht zu nehmen sein; es braucht also in den Fällen, in denen mit Si-

cherheit anzunehmen ist, dass die Bürgersteuer nicht beigetrieben werden kann, der Versuch einer Beitreibung nicht gemacht zu werden."

Diese Stellungnahme des Reichsfinanzministers muss besonders von den Gemeindebehörden beachtet werden. Von ihnen ist zu fordern, dass sie bei der Erhebung der Bürgersteuer auf die persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse weitgehend Rücksicht nehmen. In allen Fällen, in denen die Bürgersteuer nicht gezahlt wird und es offensichtlich ist, dass die wirtschaftliche Lage des Betroffenen die Steuerzahlung unmöglich macht, muss auf die Beitreibung der Bürgersteuer verzichtet werden.

-----  
SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Briand setzte am Sonnabend in einem Ministerrat, der zu der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates in Genf Stellung nahm, auseinander, dass Frankreich alles Interesse daran habe, in dem deutsch-polnischen Konflikt, der die französischen Interessen nicht berühre, strikte Neutralität zu wahren.

Von unterrichteter Seite erfahren wir dazu, dass der Ministerrat sich nach eingehender Aussprache dahin geeinigt hat, die Ueberweisung der deutschen Beschwerde gegen Polen an eine internationale Untersuchungskommission zu befürworten.

-----  
SPD. Dortmund, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Dortmund, Lübbring, ging dieser Tage wieder eine anonyme Drohkarte mit folgendem Wortlaut zu :

"Ihre verbrecherische Tätigkeit soll nicht ungesühnt bleiben. Ihr Todesurteil ist bereits gefällt worden. Wenn die Köpfe rollen werden, dann wird Ihrer einer der ersten sein, der vom Schicksal ereilt wird. Glauben Sie doch nicht, dass wir nicht längst erkannt haben, dass Sie die Polizei parteipolitisch beeinflussen und dadurch Ihren überfälligen Marxismus retten wollen. Auch nicht mit Hilfe moskowiter Asiaten. Wird uns in unserem Vaterlande nicht mehr das gebührende Recht, dann werden wir es uns selbst zu verschaffen wissen. Noch lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen."

Polizeipräsident Lübbring hat für die Ermittlung des Kartenschreibers eine Belohnung von 75 Mark ausgesetzt.

-----  
SPD. Der Reichskanzler hat seine Reise durch Ostdeutschland abgeschlossen. Die Reise verfolgte den Zweck, dem Kanzler und den ihn begleitenden mit der Durchführung der Osthilfe beauftragten Beamten die Möglichkeit zu geben, an Ort und Stelle aus eigener Anschauung die Probleme der Osthilfe zu prüfen und mit den Behörden und Nächstbeteiligten die Frage der Not des deutschen Ostens zu besprechen. Im Verlauf dieser Reise hat sich ergeben, dass die Fahrt zugleich den Zweck erfüllt hat, die Gerüchte zu zerstreuen, dass die Reichsregierung wie die Preussenregierung ihre Pflicht gegenüber dem Osten vernachlässige und die bedrängten Ostgebiete versacken lasse.

Die Kreise, für die die wirtschaftliche Not des Ostens lediglich der Anlass ist, ihre innenpolitischen und aussenpolitischen Parteizwecke zu verfolgen, haben sofort den Versuch unternommen, diese Reise zu einer aussenpolitischen Demonstration umzugestalten und eine Kundgebung für die Revision der deutschen Ostgrenze daraus zu machen. Darauf hatte die nationalistische polnische Presse nur gewartet, und sie hat sich mit Eifer auf gewisse deutsch-nationale Reden gestürzt, die während der Ostreise Brünnings gehalten wurden. Der Reichskanzler hat sich nicht auf diesen Boden ziehen lassen. Er hat in ruhiger Zurückhaltung vermieden, den Ton seiner Reden und den Sinn seiner Rei-

se durch diese Kreise bestimmen zu lassen, er hat ferner ausdrücklich erklärt, dass er keine aussenpolitischen Zwecke mit seiner Fahrt nach dem Osten verfolgt habe.

Auch in einem anderen Punkte hat diese Reise jene Kreise enttäuscht, die die Ostnot zu deutschnationaler und nationalsozialistischer Agitation ausnutzen. In diesen Kreisen glaubt man um so bequemer gegen die Reichsregierung und gegen die Preussenregierung agitieren zu können, je bedrohlicher die Wirtschaftslage im Osten ist. Wie die Nationalsozialisten die grosse Wirtschaftskrise auf den Youngplan zurückführen, so die Deutschnationalen im Osten die Wirtschaftsnot der Grenzgebiete auf die Preussenregierung. Was für die einen der Youngplan ist, ist für die anderen die Preussenkasse. Es ist infamste Agitationspolitik, die sich gerade gegen die Einrichtungen wendet, die im grössten Umfange geholfen haben und für zweckmässige Hilfe jederzeit eintreten.

Der Reichskanzler hat wiederholt sowohl in Königsberg als auch in ober-schlesischen Städten mit Nachdruck darauf verwiesen, dass staatliche Hilfe nur möglich sei, wenn nicht Fehlerquellen und Hemmungen in den Ostgebieten selber die Hilfsmassnahmen durchkreuzen. Ein jeder hat verstanden, worauf Herr Brüning abzielte. Er hat wiederholt den Finger in offene Wunden gelegt und deutliche Worte gegen parteipolitische Sabotage der Osthilfe gebraucht. Er ist ebenso nachdrücklich gegen Katastrophenpolitiker und Panikmacher aufgetreten.

So hat die Reise des Reichskanzlers dazu geführt, dass die Stimme der politischen Vernunft und die ernste Mahnung zur Verantwortung in Kreise im Osten getragen worden ist, die bisher die Dinge fast ausschliesslich durch die Brille deutschnationaler und nationalsozialistischer Parteipolitik angesehen haben.

Bei diesen Kreisen hat die Kanzlerreise an Ort und Stelle ein bezeichnendes Echo gefunden. An mehreren Stellen ist der Reichskanzler das Objekt feindseliger Demonstrationen geworden. Es waren nicht nur die Kommunisten, die gegen ihn demonstrierten, sondern vor allem auch die Nationalsozialisten. In Oberschlesien haben nationalsozialistische Grossgrundbesitzer ihre verhetzten Landarbeiter zu Demonstrationen gegen den Kanzler befohlen. Diese feindselige Einstellung findet einen Widerhall in der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse. Die wüste Agitationspolitik, die Verdächtigung der Reichsregierung und der Preussenregierung und das blödeste nationalsozialistische Geschwätz - das ist das Echo der Brüningsrede in der deutschnationalen Presse.

Der Reichskanzler hat an Ort und Stelle somit nicht nur Eindrücke über die Wirtschaftslage, sondern auch über die politische Situation empfangen, die sicher nicht ohne Wirkung auf ihn geblieben sind.

-----

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Vorstände der sozialistischen Partei und der sozialistischen Kammerfraktion sind für Mittwoch zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammenberufen worden, um sich mit einem Antrag der Verbände des Departements Nord zu befassen, der den Abg. Renaudel auffordert, sein Amt als Berichterstatter über das Budget des Luftfahrtministeriums niederzulegen. Der Antrag wird damit begründet, dass Renaudels Funktion, die die Partei mit der Verantwortung für einen Teil der französischen Rüstungsausgaben belastet, unvereinbar sei mit ihrem Programm und ihrer Haltung in der Abrüstungsfrage. Da es Renaudel wiederholt gelungen ist, beträchtliche Abstriche am Budget der Militärluftfahrt zu erzielen, dürfte innerhalb der Fraktion der Antrag auf eine starke Opposition stossen. Für den Fall, dass Partei- und Fraktionsvorstand sich nicht einigen können, ist die Einberufung eines ausserordentlichen Nationalrates in Aussicht genommen.

-----



SPD. Essen, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Für den Ruhrbergbau wurde am Sonnabend Nachmittag zur Lösung des Lohnkonflikts ein Schiedsspruch gefällt. Er sieht folgende Neuregelung vor :

Das Lohnabkommen vom 4. September 1930 wird mit einer Kürzung der Löhne um 6 % ab 1. Januar wieder in Kraft gesetzt. Die zum 15. Januar zum Zwecke der Vertragsänderung ausgesprochenen Kündigungen gelten als zurückgenommen. Die Neuregelung läuft bis zum 30. Juni 1931 und von da ab jeweils ein halb Jahr mit 6wöchiger Kündigungsfrist weiter, wenn keine Kündigung erfolgt.

Die Erklärungsfrist des Schiedsspruchs dauert bis Montag Vormittag 9 Uhr. Am Montag Nachmittag 5 Uhr finden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen statt, so dass spätestens bis Montag Abend mit der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zu rechnen ist.

Der Deutsche Bergarbeiterverband hat sich am Sonnabend nachmittag mit dem Lohnschiedsspruch im Ruhrbergbau befasst und beschlossen, der am Sonntag stattfindenden grossen Revierkonferenz des Verbandes die Ablehnung des Schiedsspruches zu empfehlen.

Der Zechenverband hat bereits am Schluss der Verhandlungen die Ablehnung des Schiedsspruches angekündigt.

SPD. London, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die frevelhafte Terrorisierung des polnischen Volkes durch das Pilsudski-Regime und besonders die an der deutschen und der ukrainischen Minderheit begangenen Brutalitäten und Misshandlungen haben in England viel weitere Kreise gezogen und eine viel tiefere Bewegung ausgelöst, als es bisher in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Der Dank hierfür gebührt in erster Linie dem "Manchester Guardian", der durch seinen Berliner Korrespondenten während des polnischen Wahlkampfes die Minderheitsgebiete besuchen liess. In eingehenden, mit bestem Beweismaterial gestützten Artikeln wurde dadurch zum erstenmal in England der ganze Schrecken und die Grausamkeiten des Pilsudski-Kurses offenbar. Offenbar aber auch, wie störend diese Behandlung der polnischen Minderheiten auf das europäische Gleichgewicht und auf die europäische Verständigung wirken mussten.

Die unmittelbare Folge der Berichte des "Manchester Guardian" war eine an das Auswärtige Amt in London gerichtete Petition der englischen Liga für demokratische Kontrolle. 65 Abgeordnete, zum grössten Teil Mitglieder der Arbeiterpartei, hatten diese Eingabe unterschrieben und zweimal im Unterhaus zur Sprache gebracht. Aussenminister Henderson konnte selbstverständlich die Unterzeichner nur auf Genf verweisen, der für die englische Regierung allein zuständige Ort für die Fragen der nationalen Minderheiten. Der polnischen Regierung waren sowohl die Petition der Liga für demokratische Kontrolle wie die Artikel des "Manchester Guardian" sehr unangenehm. So peinlich, dass die polnische Gesandtschaft in London eine Woche lang gedruckte Bulletins verschickte, die den vergeblichen Versuch unternahm, die Artikel des "Manchester Guardian" zu entkräften und zu widerlegen. Vergebens. Die offiziellen polnischen Gegenberichte sind Makulatur geblieben, umso mehr, da von England aus der polnischen Regierung deutlich zu verstehen gegeben worden ist, wie im Mutterland der Demokratie und des Parlamentarismus der polnische Terror und die Diktaturmethoden Pilsudskis beurteilt werden. Wie auch die Verhandlungen in Genf ausgehen mögen: Warschau weiss heute, wie das offizielle und das inoffizielle England über die Misshandlungen der polnischen Minderheiten und über die Aufhebung aller Verfassungsgarantien in Polen denkt.

Die nachträglich noch bekannt gewordenen Vorgänge in den polnischen Gefängnissen, begangen an wehrlosen Menschen, haben natürlich die Empörung noch vergrössert. Lloyd George hat sogar einen eigenen Vertrauensmann nach Polen

gesandt, der an Ort und Stelle Beweismaterial sammeln und die Lage der Minderheiten prüfen soll. Wie wir ferner erfahren, ist von englischer Seite ein Dokument ausgearbeitet worden, das zahlreichen bedeutenden Politikern, Kirchenleuten und anderen Persönlichkeiten zur Unterzeichnung vorliegt. Diese Darstellung der Vorgänge in Polen wird nach der Unterzeichnung dem Völkerbund überreicht werden. Sie dürfte geeignet sein, allen offiziellen polnischen Ablehnungsversuchen zu begegnen.

-----

SPD. London, 10. Januar (Eig. Draht.)

Die Spinnerei- und Webereifabrikanten von Burnley haben nicht einmal die von den Unternehmern von Lancashire für den 17. Januar festgesetzte Generalaussperrung abgewartet. Am Sonnabend sind bereits sämtliche Spinnereiarbeiter von Burnley, 25 000 Menschen, entlassen und die Fabriken geschlossen worden. Burnley ist die Zentrale der seit einer Woche streikenden 5 000 Weber. Der Terrorakt der Unternehmer von Burnley soll natürlich abschreckend wirken. Wahrscheinlich aber dürfte er unter der Arbeiterschaft nur das Gegenteil zur Folge haben.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# aus aller Welt

Ludendorff, der Wotan von Seelenfeld.

Wie ein westfälisches Dörfchen berühmt wird - Der streitbare Pfarrer und die dickköpfigen Westfalen - Es hagelt Kirchenaustritte - Wo Ludendorff begraben sein will.

SPD.Minden.i.W.10.Jan. (Eig.Ber.)

In Seelenfeld, einem kleinen Dörfchen im Kreise Minden, ist fast die gesamte bäuerliche Bevölkerung aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und hat die Einrichtung einer bekenntnisfreien Schule verlangt. Es handelt sich hier um einen einzig dastehenden Fall, der den Behörden Kopfschmerzen bereitet - denn die Einwohnerschaft ist Anhängerin von Ludendorffs "Deutschglauben" und wünscht ihre Schule auch in diesem Sinne geleitet zu sehen.

+

Der Fall hat eine kuriose Vorgeschichte. Seelenfeld, ein kleines Dörfchen von rund 300 Einwohnern, hatte einen recht streitbaren Pfarrer. Der brave Gottesmann ging mit Feuereifer daran, die verderbten Sitten seiner stramm nationalen Gemeinde etwas aufzufrischen. Er fing damit an, dass er dem Männergesangverein das Singen auf dem Friedhof verbot, weil dieser immerhin weltliche Verein seinem Jünglingsverein die Mitglieder fortlockte, dann behauptete er vom gleichen Männergesangverein, dass dieser die Trunksucht und Unzucht ins Dorf gebracht habe. Dem tonangebenden Kriegerverein trat er ähnlich auf die Hüfteraugen, und ausgerechnet am Volkstrauertag predigte er von der Kanzel: "Ihr seid Helden im Saufen, Helden im Tanzen und Helden im Skatspielen!"

Vielleicht hat der Luther von Seelenfeld den Kern der Sache getroffen, aber die Kirchenbesucher gerieten in helle Wut. Einer hätte ihn am liebsten von der Kanzel geholt - sagte er später vor Gericht - denn ein grosser Beleidigungsprozess folgte diesen Auftritten. Ueber 100 Zeugen machten ihre Aussagen; der Pfarrer schnitt sehr schlecht ab, es stellte sich nämlich heraus, dass er auch bei den Wahlen zur Kirchenvertretung despotisch und unkorrekt vorgegangen war.

Da besuchte nun eines Tages Herr Ludendorff mit seiner Gattin Mathilde das stille Dörfchen. Er kam natürlich genau so zufällig nach Seelenfeld, wie er sich zufällig beim Kapp-Putsch am Brandenburger Tor eingefunden hatte oder beim Bürgerbräuputsch in München. Angekommen, versuchte er die Seelefelder für seinen neuen Glauben zu begeistern. "Deutschglauben" nennt sich diese Sache, die die "Einheit von Blut, Glauben, Kultur und Wirtschaft" im deutschen Volke hergestellt haben will und geeignet genug ist, einfältige Gläubige beduselt zu machen. Der Kern dieser neuen Religion ist die Ablehnung des Christentums und ein Bekenntnis zu einem heidnischen Kult, den man vielleicht am besten mit Wotanismus bezeichnen kann. Wotan ist in Seelenfeld gross und Ludendorff sein Prophet.

Nun hagelte es in dem Dörfchen, in dem man sozialdemokratische Stimmen an den Fingern abzählen kann und wo die Füchse sich Gute nacht sagen - Kirchenaustritte. Hierbei war man genau so einmütig, wie zu früheren Zeiten, als man kontrollierende Finanzbeamte mit Forken und Sensen zum Dorfe hinaus prügelte.

Der Pfarrer wehrte sich so gut er konnte. Er drohte und wetterte, aber das machte die dickköpfigen Bauern nur noch halsstarriger. Selbst der Hinweis darauf nützte nichts, dass eine Beerdigung auf dem Kirchenfriedhof natürlich nicht mehr in Frage komme. Denn jetzt kauften sich die "Tannenberger" in der grossen Seelenfelder Heide ein vier Morgen grosses Grundstück, auf dem sich

übrigens auch die beiden grössten Hünengräber der Gegend befinden. Das Land ist für den Verein "Deutschvolk" mit dem Sitze in München aufgelassen worden. Sämtliche verstorbenen "Tannenberger" sollen hier bestattet werden - ja, sogar General Ludendorff will hier einst ruhen. Denn es sei die einzige Stätte, so sagte er, wo er noch wahrhaftige Deutsche angetroffen habe.

Gegenwärtig wird also um die bekenntnisfreie Schule gestritten. Sie wurde vom Elternbeirat sowohl wie vom Schulvorstand und der Gemeindevertretung beschlossen. Vorerst wurde aber der einzige Schulmeister der Gemeinde versetzt. Ein neuer Schulamtsbewerber kam ins Dorf, aber der weiss mit den "deutschgläubigen" Ideen nicht viel anzufangen.

Das ist nun sehr peinlich. Und noch peinlicher für das brüchige Bürgertum ist, dass demnächst die zweite Auflage des Kirchenprozesses folgen wird, denn der Pfarrer hat sich mit seiner Niederlage noch nicht zufrieden gegeben. Nun, die Bauern wollen es dem Herrn Pfarrer schon "bestreichen", dass er ihr "Heldentum" so mit Füßen getreten hatte. Sie berufen sich darauf, dass Ludendorff ihnen verbrieft habe: Seelenfeld ist die einzige Stätte, wo er noch wahrhaftige Deutsche gefunden hat! Ja, wo er sich sogar begraben lassen will!

+ + +

Der Tote als Tonfilmschauspieler. Ein englischer Fabrikant, der seine Verwandten zwar genau zu kennen, aber von ihrer Moral nicht übermässig viel zu halten scheint, hat sich in einer Szene vertonfilmen lassen, die nach seinem Tode und nach seiner Einäscherung besagten Verwandten vorgeführt werden soll. Der heute noch vergnügt Lebende, aber doch wohl in absehbarer Zeit seinen Tod Erwartende hat auf dem für diese Zwecke heute noch ungewöhnlichen Wege sein Testament auf den Filmstreifen gebannt. Bevor er den Trauernden ein letztes Lebewohl wünscht, verlies er sein Testament und schliesst dann mit den Worten: "Und nun, meine Teuren, will ich Euch nicht länger langweilen. Diejenigen von Euch, die enttäuscht sind, werden natürlich schon beschlossen haben, dieses merkwürdige Testament rechtlich anzufechten. Um Euch aber unangenehme Prozesse zu ersparen, wird jetzt mein Rechtsanwalt ein im Sinne gleiches Testament zur Vorlesung bringen, und dieses Testament ist, wie Ihr sehen werdet, auf die korrekte und gesetzlich vorgeschriebene Weise ausgefertigt, bezeugt und beglaubigt."

+ + +

Fünftage-Flugrekord. In Los Angeles haben die beiden amerikanischen Fliegerinnen Cooper und Trout mit 122 Stunden 35 Minuten einen Frauendauerflugrekord aufgestellt. Der Empfang, den die zähen Pilotinnen bei der Landung erfuhren, gestaltete sich um so herzlicher, als die eine der beiden gerade ihren 25. Geburtstag feierte.

+ + +

1500 Seiten Sklarek-Anklage. Nach langer Arbeit ist nunmehr die Sklarek-Anklageschrift fertig geworden. Sie ist 1500 Umbrugsseiten stark und dürfte damit wohl die grösste Anklageschrift sein, die jemals nicht nur in Berlin, sondern überhaupt von einer Justizbehörde angefertigt worden ist. Zur Verhandlung kommt im Wesentlichen der Stadtbank-Komplex; insgesamt sind 13 Personen angeklagt: Leo Sklarek, Willi Sklarek, Max Sklarek, Buchhalter Lehmann, der Angestellte Tuch von der Kleidervertriebs G.m.b.H., Stadtrat Gäbel, Stadtrat Degener, Stadtrat Benecke, Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Mitte, Bürgermeister Kohl vom Bezirksamt Köpenick, Stadtbankdirektor Schmidt, Stadtbankdirektor Hoffmann und Stadtbankkredant Ludwig. Die Anklage lautet auf Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, aktive Bestechung, Beihilfe zum Betrug, Passive Bestechung und Untreue im Amt. Den Stadtbankdirektoren wird ausserdem mangelnde Aufsicht im Amt vorgeworfen. Die Summe, um die Leo, Willi und Max Sklarek die Berliner Stadtbank betrogen haben sollen, ist auf 15 Millionen Mark errechnet worden. - Die Verteidigung der Angeklagten wird von den Rechtsanwälten Alsbet, Gollnick, Puppe, Julius Meyer I, Sack, Kunz, Bahn und Justizrat Werthauer übernommen. Die Sache wird vermutlich nicht vor Beginn des Herbstes zur Verhandlung kommen.

+ + +

Festgenommener Mörder. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurde der 32 Jahre alte Karl Schuster aus Wien festgenommen, der am 1. Dezember vorigen Jahres in einem Wiener Schanklokal den Reisenden Fritz Himmelreich erstochen haben soll. Der Verhaftete bestreitet die Tat, ist aber dringend verdächtig. Das Auslieferungsverfahren ist in Gang, sodass Schuster voraussichtlich in absehbarer Zeit nach Wien überführt werden wird.

Goebbels muss vor den Kadi. Die Kammer des Landgerichts Berlin III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert erliess einen Vorführungsbeschluss gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels. Goebbels hatte sich am 18. Dezember vorigen Jahres wegen zahlreicher Beleidigungen zu verantworten, war aber, wie üblich, nicht an Gerichtsstelle erschienen. Der durch einen Nebenkläger gestellte Antrag auf Vorführungsbeschluss wurde vom Gericht abgelehnt.

Verwechslung mit Todeserfolg. In einem Kölner Privatkrankenhaus sollte am Sonnabend eine Ehefrau eine Magen- und Darmspülung erhalten. Die Krankenschwester verwechselte die Medikamente und gab der Frau eine Säure. Die Unglückliche starb nach wenigen Stunden an den Folgen der Säureeinspritzung.

Explosionskatastrophe. In einer Kopenhagener Gasanstalt explodierte am Sonnabend ein Gasbehälter mit 3 000 Kubikmeter Knallluft. Zwei Mann wurden getötet, sechs verletzt, mehrere Gebäude des Stadtviertels stark beschädigt. Die Explosion wurde durch Funken verursacht, die sich bei Benutzung eines Metallwerkzeuges bei Montierungsarbeiten bildeten.

Jugendliche Verbrecher. Der Raubüberfall auf den 60jährigen Bürodienner Peter Geuer, der in der Nacht zum Mittwoch in seiner Wohnung in Düren lebensgefährlich verletzt aufgefunden wurde, ist jetzt aufgeklärt. Zwei junge Burschen im Alter von 18 und 19 Jahren sind als Täter verhaftet worden. Beide sind wegen eines gemeinschaftlichen Einbruchdiebstahls vorbestraft. Ihre Beute betrug ganze 4 Mark, die die jugendlichen Verbrecher in gebrannten Mandeln und Zigaretten anlegten. Geuer liegt so schwer danieder, dass an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Diebe bei Einstein. In dem dicht bei Berlin gelegenen Landhaus Professor Einsteins ist eingebrochen worden. Was gestohlen wurde, bedarf noch der Ermittlung. Einstein selbst weilt zurzeit in Amerika.

Ermordung eines Fünfjährigen. In Peitz (Spreewald) ist der fünfjährige Horst Kularich im Hause seiner Grossmutter, bei der er wohnte, vergiftet worden; Das Kind ist bereits verstorben. Bei einer Haussuchung fanden von Berlin entsandte Kriminalbeamte noch Arsenreste vor. Die Grossmutter und der gleichfalls bei ihr wohnende Onkel des Kindes wurden wegen Mordverdachts verhaftet. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt.

Verurteilte Räuber. Das Kölner Schöffengericht verurteilte am Sonnabend sechs junge Leute, von denen fünf unter 25 Jahre alt sind, wegen des am 31. Oktober, 1930 in Bergisch-Gladbach auf einen 62 Jahre alten Kassenboten verübten Raubüberfalls zu schweren Freiheitsstrafen. Das Gericht ging dabei über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus und verhängte über zwei Angeklagte je 4½ Jahre Gefängnis, über zwei weitere je vier Jahre Gefängnis, während einer mit acht Monaten und der letzte mit sechs Monaten Gefängnis davonkam. Die Angeklagten hatten den Raubüberfall am hellen Tage ausgeführt, die Beute betrug 11 000 Mark.

# Wirtschaft Technik Handel

Probe aufs Exempel.

(Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzung. - Reibungslose Umstellung. - Keine Steigerung der Gestehekungskosten.)

SPD. Als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich vor Wochen mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit wandte, durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitslose in den Produktionsprozess einzureihen, fand er nicht das Verständnis, das man angesichts der traurigen Situation auf den Arbeitsmärkten hätte erwarten können. Obwohl das Konjunkturforschungsinstitut ausrechnet, dass bei Durchführung der gewerkschaftlichen Pläne 700 000 Mann, unter Umständen sogar 1,5 Millionen Mann mehr beschäftigt werden könnten, stiess der Plan gerade in der Industrie auf Ablehnung. Man hat sich im Unternehmerlager noch nicht einmal die Mühe gemacht, sich darüber klar zu werden, dass hier nicht eine Arbeitszeitverringerung dekretiert werden sollte, sondern dass es sich um einen technisch organisatorischen Akt handelte. Auch die Debatte in der bürgerlichen Presse hat diese Erkenntnis vermissen lassen. So war man auf das Experiment angewiesen. Dieses Experiment ist gemacht worden und man kann sagen: es ist geglückt!

Die Harburger Oelwerke haben vor einem Vierteljahr eine Arbeitszeitverkürzung vorgenommen. Sie setzten die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herab. Damit ging man bei durchgängiger Arbeitszeit von 3 Schichten zu 4 Schichten über. Ermöglicht wurde dadurch die Einstellung von 350 Mann.

Diese Umstellung ist im Einvernehmen mit dem Betriebsrat und der örtlichen Vertretung des Fabrikarbeiter-Verbandes zur Durchführung gelangt. Von der Unternehmenseite her ist das Vorgehen des Werks scharf angegriffen worden. In der bürgerlichen Presse sind unwahre und entstellende Behauptungen über die betrieblichen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung erschienen mit der deutlichen Absicht, derartige Arbeitsstreckungsmassnahmen als praktisch undurchführbar hinzustellen. Die Harburger Oelwerke haben sich dadurch veranlasst gesehen, in einer Broschüre ihre Gedanken zur Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Behebung der Erwerbslosennot und zugleich ihre eigenen praktischen Erfahrungen darzulegen.

Dieser Rechenschaftsbericht stellt zunächst fest, dass die betriebliche Umstellung, die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden, die Neueinteilung einer vierten Schicht für die Schichtarbeiter etc. sich ohne Schwierigkeiten vollzogen haben. "Die Gestehekungskosten sind nicht gestiegen, im Gegenteil, in mehreren Wochen war die Lohnsumme sogar niedriger als vorher". Auch die Mehrbelastung durch Sozialbeiträge ist relativ geringfügig. Insgesamt betragen diese Mehraufwendungen für alle sozialen Lasten noch nicht 1 % der Lohnsumme. Diese Mehrbelastung fällt, wie mit Recht unterstrichen wird, gegenüber den sonst erforderlichen Unterstützungssummen für die Erwerbslosen nicht ins Gewicht. Es wird ausführlich berichtet, dass naturgemäss die Arbeiter des Betriebes die beträchtliche Verdienstkürzung schwer empfinden, dass von kommunistischer Seite her die Aktion zu Angriffen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie benutzt wurde, dass aber insgesamt die Belegschaft trotz ihrer eigenen grossen materiellen Opfer Verständnis für die Massnahme aufgebracht habe. Es wird ferner noch gegenüber tendenziösen Pressemitteilungen richtiggestellt, dass das Unternehmen weder von der Reichsanstalt noch von

sonstigen Institutionen Subventionen für die Arbeitsstreckungs- und Neueinstellungsmassnahmen erhalten habe. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Harburg hat lediglich mit dem Fabrikarbeiterverband eine Vereinbarung getroffen, dass für jeden Wohlfahrtserwerbslosen, der neu zur Einstellung gelangt und mindestens 8 Wochen aus der Wohlfahrtspflege ausscheidet, ein einmaliger Betrag in Höhe von 60.-- Mark dem Verband zur Verfügung gestellt wird.

Die Broschüre begnügt sich aber nicht allein mit einem tatsächlichen Bericht über die reibungslose Durchführung der Arbeitszeitverkürzung und der dadurch ermöglichten Mehreinstellung von Arbeitskräften, sondern sie übt zugleich scharfe Kritik an der Haltung der Unternehmer gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen auf gerechtere Arbeitsverteilung. Es heisst hier wörtlich: "Es ist ein kaum wieder gutzumachender Fehler, dass man in der Öffentlichkeit das ethische Moment, das in dem freiwilligen Verdienstverzicht der Arbeiter zugunsten der Erwerbslosen liegt, so wenig beachtet und für die Unterbringung der Erwerbslosen nicht ausgenutzt hat". Diese aus der bittersten Krisennot geborene Forderung, die zugleich einen Beweis für den echten Idealismus der Arbeiterbewegung darstellt, ist von den Unternehmern und Unternehmerverbänden brüsk zurückgewiesen worden.

Es ist kein Zweifel - das wird auch in dem Bericht ausdrücklich betont -, dass in den meisten anderen noch voll beschäftigten Betrieben bei gutem Willen sich ohne nennenswerte Schwierigkeiten die gleiche Regelung durchführen liesse, dass ferner die Betriebe in viel stärkerem Masse als bisher geschehen zur Kurzarbeit zwecks Vermeidung von Entlassungen übergehen können. Die gegen die Arbeitsstreckung erhobenen Einwendungen sind grösstenteils nicht stichhaltig. Die Unternehmerverbände haben bisher die Arbeitsstreckung sabotiert, um die Lohnabbauaktion um jeden Preis durchführen zu können.

Das Unternehmen richtet einen neuen Appell an die Vernunft der Unternehmer den von den Gewerkschaften gezeigten und bereits in Einzelfällen durchgeführten Weg zu beschreiten. Es wird darauf hingewiesen, dass es zurzeit "keinen anderen Weg gibt, die grenzenlose Not von Millionen von Volksgenossen sofort zu lindern, und dass daher alle kleinlichen Bedenken überwunden werden müssen".

Wird diese dringliche Mahnung und Warnung aus Unternehmerlager das deutsche Unternehmertum zur Besinnung bringen ?

-----

SPD. Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns über die Lage im Bekleidungs-gewerbe folgendes, wobei wir seine optimistischere Auffassung unterstreichen möchten:

Nachdem die Wintersaison für die Mäntelengroskonfektion mit einem durchaus befriedigenden, für die Kleiderkonfektion hingegen mit einem ziemlich mageren Ergebnis geendet hat, sind beide Bekleidungs-gewerbe nunmehr mit dem Absatz ihrer Frühjahrmusterung beschäftigt. In den Betrieben der Herrenkonfektion hat die neue Saison bereits im Oktober begonnen und ist vermöge der grossen Zurückhaltung des Einzelhandels auch jetzt noch nicht beendet. Die Lage ist für alle Teile grundverschieden, im allgemeinen jedoch wesentlich besser, als man vorher gedacht hatte.

In der Kleiderkonfektion herrschte zu Saisonbeginn eine geradezu trostlose Windstille, da der Einzelhandel erst das Ergebnis des Weihnachtsverkaufes abwarten wollte, ehe er seinen Frühjahrsbedarf zu decken begann. Der Optimismus hinsichtlich des Monats Dezember war aber von vornherein nur sehr gering und die Aussichten für die Uebergangssaison wurden ziemlich skeptisch beurteilt. Erfreulicherweise hat das Weihnachtsgeschäft gerade für Kleider ein verhältnismässig günstiges Resultat, sodass der Auftragseingang bereits in der letzten Dezemberwoche stark einsetzte und bis jetzt noch keinen Rückgang erfahren hat. Es wurden etwa 35 % mehr umgesetzt, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Zahl der Bestellungen der Uebergangssaison 1929/30 gegenüber wesentlich grösser geworden ist, wäh-

rend sich der Umfang der einzelnen Orders vermindert hat.

Etwas zurückhaltender zeigt sich das Ausland, wenngleich mit der Schweiz und Holland bereits grössere Abschlüsse in besserer Ware, mit Südafrika in Stapelartikeln getätigt wurden.

In der Mäntelengroskonfektion sind es vor allem die um 30 % verringerten Preise, deren Anziehungskraft auf dem in- und ausländischen Markte sehr stark ist. Man hat bereits gut verkauft, wenngleich der Vorjahrsumsatz nicht überboten wurde. Das Auslandsgeschäft erstreckt sich vor allem auf die Schweiz und Skandinavien, die einen grossen Bedarf an besserer Ware haben. Südafrika nimmt auch hier als Abnehmerstaat eine besondere Stellung ein. Der dortige Einzelhandel kauft in der Hauptsache solche Waren, die sich an Form oder Farbe in Europa als absolut undankbar erweist. Es ist also ein gutes Absatzventil für Fehldispositionen.

Wenig günstig ist die Lage in der Kinderkonfektion. Der Umsatz an Kommunionkleidern erreichte zwar die Höhe des Vorjahres, aber die Konfirmandensaison ist ein grosser Misserfolg gewesen. Der Grund für diese Divergenz ist in einer ebenso seltsamen, wie charakteristischen Zeiterscheinung zu suchen. Während für die Kommunion weisse Kleider vorgeschrieben sind, sodass ein Umsatzrückgang hier von vornherein ausgeschlossen war, benutzt man aus Sparsamkeitsrücksichten neuerdings für die Konfirmation farbige Kleider. Ueberdies war das Weihnachtsgeschäft in Kinderbekleidung ein Misserfolg, sodass mit einem besseren Auftragseingang in der Konfektion erst nach den Inventurausverkäufen zu rechnen ist.

Ähnlich ist die Lage in der Herrenkonfektion, wo bisher erst 45 % des gesamten Einzelhandels ihren Bedarf gedeckt haben, während 55 % noch ausstehen. Auch hier bedeutete das Weihnachtsgeschäft für den Einzelhandel nicht gerade eine Ermutigung, denn es wurden nur wenig grössere Stücke, sondern in der Hauptsache kleine Geschenkartikel und Sportbekleidung gefragt. Da aber bei den Inventurausverkäufen geradezu Rekordumsätze erzielt wurden, rechnet man in Kürze mit einer Belebung des Geschäftsganges.

Alles in allem ist die Lage also verhältnismässig aussichtsreich, zumal das günstige Ergebnis der Inventurausverkäufe den Beweis erbracht hat, dass ein starker Bedarf im Publikum vorhanden ist. Bei intensiver Durchführung des Preisabbaus dürfte sich dieser Bedarf im Frühjahr und im Sommer auswirken.

SPD. Die sächsische Regierung hat durch einen Sonderausschuss ein Gutachten über einen Zusammenschluss im sächsischen Steinkohlenbergbau anfertigen lassen, wonach der viel erörterte Zusammenschluss zwischen dem Revier Lugau-Oelsnitz und dem Zwickauer Revier nicht zu empfehlen sei. Ob das Gutachten damit überhaupt jeden Zusammenschluss ablehnt, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Im Zusammenhang mit der Zusammenschlussfrage wurde auch die Errichtung einer Zentralkokerei für das Zwickauer Gebiet eröffnet.

SPD. Der Dresdener Konsumverein Vorwärts erzielte für den Monat Dezember 1930 einen Umsatz von 5,551 Millionen Mark. Das bedeutet gegenüber dem Dezember 1929 einen Rückgang von 1,012 Millionen Mark. Während sich also in Berlin der Umsatzrückgang auf 3,4 % stellt, macht er in Dresden 15,4 % aus. Auch der Dresdner Konsumverein weist darauf hin, dass es sich vorzugsweise um einen wertmässigen Rückgang handelt. Bei gleicher Preisgestaltung wäre ein Mehrumsatz erzielt worden.



Matt bei steigendem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Januar)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Sonnabend recht matt. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen für Weizen um etwa 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark, für Roggen um  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark zurück, wobei bei Umsatztätigkeit nicht gross war. In Lokoware war das Angebot an Weizen weiter gewachsen. Gleichzeitig war die Kauflust nur sehr gering; die Mühlen nahmen nur Ware zu erheblich verminderten Preisen auf. So gingen die Preise auch hier um etwa 2 Mark und darüber zurück. Aber selbst zu diesen gesunkenen Preisen konnte nicht das gesamte Material Aufnahme finden. Auch in Roggen war das Angebot grösser, während in Anbetracht des schleppenden Mehlgeschäftes die Nachfrage zu wünschen übrig liess. Hier gingen die Preise um  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark zurück. Das Mehlgeschäft gestaltete sich sehr ruhig, wobei die Forderungen für Weizenmehl etwas ermässigt waren. Für Roggen blieben sie unverändert. Hafer hatte etwas ruhigere Tendenz bei kleineren Umsätzen.

	<u>9. Jan.</u>	<u>10. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	258 - 260	256 - 258
Roggen	$155\frac{1}{2}$ - $158\frac{1}{2}$	154 - 157
Braugerste	200 - 215	200 - 215
Futter- und Industriergerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	139 - 145	139 - 144
Weizenmehl	29,75 - 37,20	29,75 - 37,20
Roggenmehl	23,65 - 26,75	23,50 - 26,50
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März  $275\frac{1}{2}$  -  $275\frac{1}{4}$  (Vortag: 276), Mai  $284\frac{1}{2}$  -  $283\frac{1}{2}$  ( $284\frac{3}{4}$ ), Juli 290 -  $289\frac{1}{2}$  Brief ( $290\frac{1}{2}$ ). Roggen März  $177\frac{1}{2}$  - 177 und Brief ( $178\frac{3}{4}$ ), Mai  $187\frac{1}{4}$  -  $186\frac{3}{4}$  ( $186\frac{1}{2}$ ), Juli 189 und Brief (191). Hafer März  $157\frac{3}{4}$  -  $156\frac{1}{2}$  ( $157\frac{1}{2}$ ), Mai  $166\frac{1}{2}$  -  $165\frac{1}{2}$ , ( $167\frac{1}{2}$ ), Juli  $172\frac{1}{2}$  -).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 9. Januar bis 15. Januar 17,9 Pfennige, für B-Milch 11,9 Pfennige. Zur Zeit beträgt der Preis für tiefgekühlte Milch 18,4 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete Milch 19,65 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 9. bis 15. Januar auf 90 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Dazu tritt Qualitätsbewertung nach Fettgehalt und Sauberkeit entsprechend dem Berliner Abkommen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 10. Jan.: I. 134 Mark, II. 124 Mark, III. 110 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✂

R.G.O.="Erfolge".

## Der Schwindel mit den Hafentarbeitern.

SPD. Im Zusammenhang mit dem Streikputschversuch im Ruhrbergbau hat die kommunistische Presse der Öffentlichkeit einzureden versucht, dass die wilde Streikwelle auch die Arbeiter in dem Duisburger und Düsseldorfer Hafen erfasst habe. So meldeten die kommunistischen Blätter in Fettdruck, die Arbeiter des Duisburger Hafens seien in einen "Solidaritätsstreik mit den Bergarbeitern" getreten; der Betrieb im Duisburger Umschlaghafen sei völlig stillgelegt. Der Duisburger Hafentarbeiterstreik sei von grosser politischer Bedeutung, weil neben den Ruhrkumpels auch die englischen Bergarbeiter streikten und zu gleicher Zeit auch der gesamte Düsseldorfer Hafen stillgelegt sei. "Der Streik im Düsseldorfer-Hafen" - so hiess es in den kommunistischen Blättern - "wird geschlossen fortgesetzt trotz aller Versuche der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Zugleich wächst der Einfluss der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen. In einer vom Gesamtverband einberufenen Streikversammlung sprach wirkungsvoll ein Vertreter der RGO trotz der heftigen Proteste der Bürokraten".

Wir haben es hier mit einem geradezu dummdreisten Schwindel zu tun. Was hat sich in Wirklichkeit im Duisburger und im Düsseldorfer Hafen abgespielt? In Duisburg Ruhrort hat die kommunistische Partei, bzw. die RGO den Versuch gemacht, die Hafentarbeiter zu einem Streik zu verleiten. Das stimmt. Aber - von der gesamten Belegschaft des Duisburg-Ruhrorter Hafens - etwa 2 000 Hafentarbeiter - hat so gut wie niemand der RGO-Parole Folge geleistet. Nur in Westfälischen Transport A.G., die im Duisburg-Ruhrorter Hafen ca. 50 Arbeiter beschäftigt, kam es zu einer Abstimmung über die Frage, ob im Zusammenhang mit dem Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus ein Solidaritätsstreik geführt werden soll oder nicht. Ein solcher Solidaritätsstreik wurde, trotzdem per Akklamation, also nicht geheim abgestimmt wurde, mit grosser Mehrheit abgelehnt. Ein einziger, vom Gesamtverband bereits ausgeschlossener, Hafentarbeiter - er war Betriebsratsvorsitzender im Betrieb der WTAG - streikte und wurde von der Firma fristlos entlassen. Daraufhin hat die KPD, bzw. die RGO versucht, zu Gunsten dieses Entlassenen eine Arbeitsniederlegung herbeizuführen. Einen halben Tag kam es auch in dem genannten Betrieb zu einer Arbeitsniederlegung; danach wurde die Arbeit in dem Betrieb von den Arbeitern wieder aufgenommen, bis auf den entlassenen kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden.

Es ist also nichts anderes als grober Unfug, wenn die kommunistische Presse die Öffentlichkeit glauben machen will, dass im Duisburg-Ruhrorter Hafen der Betrieb ruhe. Dass die dortigen Hafentarbeiter auf kommunistische Phrasen nichts geben, zeigte im übrigen auch eine Abstimmung in einer Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes in Duisburg über ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen die Leitung der Duisburger Ortsverwaltung des Gesamtverbandes. Für das Misstrauensvotum wurden ganze 7 kommunistische Stimmen abgegeben; die Ortsverwaltung Duisburg des Gesamtverbandes zählt aber 7 400 Mitglieder.

Und wie steht's nun in Düsseldorf? Der dortige Streik der Holzplatz- und Hafentarbeiter hat mit den kommunistischen Umtrieben nichts zu tun, sondern folgende Ursache: Der Tarifvertrag war von den Arbeitgebern gekündigt worden; die Verhandlungen zwecks Festsetzung neuer Löhne hatten kein Ergebnis. Die Arbeitgeber stellten neue Verhandlungen in Aussicht. Trotz dieser ihrer Zusiche-

ung fanden neue Verhandlungen zur Regelung der Löhne vor Ablauf des Tarifvertrages - d.h. vor dem 31. Dezember 1930 - nicht statt, vielmehr versuchten die Arbeitgeber die Holzplatz- und Hafendarbeiter zu verpflichten, ab 2. Januar 1931 für einen um 20 % gekürzten Lohn die Arbeit fortzuführen. Das lehnten die Arbeitnehmer ab. Daraufhin antworteten die Arbeitgeber mit Entlassung. Die Aussperrung im Düsseldorfer Hafen - um eine solche und nicht um einen Streik handelt es sich - umfasst die Holzplatz- und Hafendarbeiter; ferner wurden von den Speditionsbetrieben, die von ihren Arbeitern die Erledigung der den Holzplatz- und Hafendarbeitern zufallenden Arbeit verlangten, einige Speditionsarbeiter infolge der Weigerung, diese Arbeiten zu besorgen, ausgesperrt. Abgesehen von den genannten Betrieben, geht die Arbeit im Düsseldorfer Hafen ungestört weiter. Auch in Düsseldorf hat also die Kommunistische Partei bzw. die RGO, ganz im Gegensatz zu ihren Meldungen, keinerlei Einfluss auf die Arbeiterschaft auszuüben vermocht.

Die kommunistischen Quertreiber sind mit ihrer Streikputschaktion bei den Hafendarbeitern sowohl in Duisburg-Ruhrort wie in Düsseldorf abgeblitzt.

SPD. In Sachsen haben die kommunalen Arbeitgeber Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Arbeitsstreckung abgelehnt. Bei den Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und dem Gesamtverband, die am Sonntagabend in Dresden für den Freistaat Sachsen stattfanden, forderten die Arbeitgeber eine Lohnkürzung um 6%. Die Arbeitnehmer erklärten sich auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsarbeiterverband der öffentlichen Betriebe bereit, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, ähnlich wie in Hamburg und Berlin, auf sich zu nehmen. Die Arbeitgeber lehnten jedoch das sehr weitgehende Angebot der Arbeitnehmer, das einen Lohnausfall um 8 1/3 Prozent umfasste, rundweg ab und beharrten auf ihrer Forderung, die Löhne zu kürzen. Infolgedessen sind die Verhandlungen gescheitert. Die bezirkliche Schiedsstelle tritt am Montag in Dresden zusammen, um eventuell einen Schiedsspruch zu fällen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat sich damit einverstanden erklärt, dass für Arbeitslose, die sich am 3. November v. J. in der Krisenfürsorge befanden, die frühere Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt sind die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgeschriebenen Auslaufsrufen verschoben worden.

Durch die Neuregelung der Krisenfürsorge war ab 3. November die Höchst-dauer der Krisenunterstützung von 39 Wochen auf 32 und für Personen über 40 Jahre auf 45 Wochen herabgesetzt worden.

Ueber die Gruppe der nichtunterstützten Arbeitslosen macht die Reichsan-stalt einige Angaben, die allem Anschein nach eine Art Beruhigungsspiel darstellen. Ausgehend von der Arbeitslosenzahl vom 1. Dezember, errechnet sie einen Restbestand von rund 650 000 Arbeitslosen, die weder von der Versicherung noch von der Krisen- oder der Wohlfahrtsunterstützung erfasst werden. Ueber diese Gruppe stellt sie folgendes fest: "Ein wesentlicher Teil von ihr erklärt sich aus der natürlichen und zu jedem Zeitpunkt stattfindenden Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt. Beispielsweise betrug im November 1930, - also in einem einzigen Monat, der zudem in vielen Berufszweigen bereits winterliche Arbeitsruhe brachte -, der Zu- und Abgang von Arbeitssuchenden bei den Arbeitsämtern zusammen über 2 Millionen. Bei der Bestandszählung an einem Stichtage, zumal an den besonders verkehrsreichen Tagen Mitte und Ende des Monats, werden demnach viele

Arbeitslose miterfasst, die sich gerade im unmittelbaren Wechsel zwischen Arbeit und Unterstützung befinden. Dazu kommt, dass sich unter den nichtunterstützten Arbeitslosen eine sehr grosse Zahl solcher Personen befindet, für die am Stichtag die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung läuft. Ferner sind diejenigen Arbeitslosen abzurechnen, die als Jugendliche in der Familie leben, oder die wegen mangelnder Bedürftigkeit nicht in die Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung übernommen wurden, die eine Sperrfrist zurückzulegen haben oder ohne Kenntnis des Arbeitsamtes kurze Zeit krank sind.

Bei dem dann noch verbleibenden Restbestand handelt es sich in der Hauptsache um Arbeitslose besonderer Art, wie z.B. Ehefrauen, die kurzfristige Aushilfsarbeiten (Reinigungsgewerbe) suchen, Gelegenheitsarbeiter, Sozialrentner und beschränkt Arbeitsfähige. Von diesen Arbeitslosen würde bei günstigerer Wirtschaftslage vermutlich ein gewisser Teil noch mitbeschäftigt werden, während ein anderer Teil auf Erwerbstätigkeit verzichten würde."

Dieser Versuch der Reichsanstalt, die Gruppe der nichtunterstützten Arbeitslosen statistisch etwas stärker zu durchleuchten, und damit alarmierenden Uebertreibungen entgegenzutreten, ist verständlich. Aber wenn man Klarheit schaffen will, warum wird denn bei uns in Deutschland nicht wie in England die Zahl der Teilarbeitslosen statistisch genau erfasst? Zweifellos gibt es eine ganze Menge von Arbeitskräften, die als Gelegenheitsarbeiter, Aushilfsarbeiter usw. nicht als Arbeitslose im strengen Wortsinn angesprochen werden können. Gerade mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung ist die Wirtschaft vielfach dazu übergegangen, sehr stark mit solchen Teilarbeitslosen zu arbeiten. Ihre genaue statistische Erfassung wäre eine Forderung, die Beachtung verdiente; denn nirgends ist grössere Klarheit und Genauigkeit am Platze als in einer Frage, die wie die Arbeitslosenpolitik an die Existenz eines Volkes rührt.

---

SPD. Im Tarifstreit der Bergarbeiter im Siegerland ist es zu keiner Verständigung gekommen. Der Arbeitgeberverband forderte eine Herabsetzung des Hauerlohnes von 6,67 auf 5,87 Mark pro Schicht; ferner sollen eine fünfprozentige Akkordsicherung sowie das Hausstands- und Kindergeld in Wegfall kommen. Die Bergarbeiterverbände lehnten diese rigorosen Forderungen der Grubenherrn natürlich ab, sodass nunmehr der Schlichter, Professor Brahn, angerufen werden muss.

---

SPD. Ueber die Arbeitslosigkeit in Niederland veröffentlicht das Niederländische Arbeitslosen-Versicherungs- und Arbeitsvermittlungsamt einige vergleichende Ziffern, wonach bei den Oeffentlichen Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern am 25. Oktober v. Js. 82 500 Arbeitslose, am 29. November bereits mehr als 101.000 und am 13. Dezember 1930 114 600 Arbeitslose eingeschrieben waren. Für Ultimo Dezember 1930 dürfte diese Zahl zu 120000 betragen.

Diese Ziffern erfassen nur die bei den Arbeitsnachweisen gemeldeten Arbeitslosen und die Gemeinden von mehr als 5 000 Einwohnern. Auch auf dem flachen Lande herrscht jedoch grosse Arbeitslosigkeit. Die Gesamtarbeitslosenziffer wird auf rund 200 000 berechnet.